

Zehn Punkte für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik nach rechtsstaatlichen Grundsätzen

Beschlossen vom Fraktionsvorstand in Kulmbach am 04.08.2015

1. Die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden aus aller Welt ist einer der größten aktuellen politischen Herausforderungen für Europa, Deutschland und Bayern. Die Bewältigung dieser Herausforderung stellt höchste Ansprüche an eine professionelle Organisation, aber auch an Humanität und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus erfordern diese Herausforderungen eine Kooperation aller staatlichen Ebenen und eine konsensorientierte Zusammenarbeit aller Parteien des demokratischen Spektrums.
2. Die Flüchtlinge und Asylsuchenden haben ebenso wie die Bevölkerung und Kommunen ein Anrecht auf eine schnelle Entscheidung über Asylanträge. Nur so lässt sich die Grundlage für Akzeptanz in der Bevölkerung und eine gelungene Integration schaffen.
3. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der CSU ist gescheitert. Versäumt wurde die rechtzeitige Schaffung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen, trotz jahrelanger Forderungen der SPD. Der Ende 2013 gefasste Beschluss, in jedem Regierungsbezirk eine Erstaufnahmeeinrichtung einzurichten, ist bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt. Bisher sind nur zwei der zugesagten fünf neuen Einrichtungen wie geplant in Betrieb. Die dringende Personalaufstockung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde seit Jahren von den Bundesinnenministern der Union sehenden Auges versäumt. Auf bayerischer Ebene stehen seit geraumer Zeit viel zu wenige Verwaltungsrichter zur Verfügung.
4. Statt eine vorausschauende Politik zu betreiben, hat die CSU mit Abschreckung, Diskriminierung und Kampfrhetorik Ressentiments geschürt und ausländerfeindliche Tendenzen befördert. Damit wurde der Konsens über eine rechtsstaatliche und menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Frage gestellt und in unverantwortlicher Art und Weise auf Polarisierung gesetzt.
5. Notwendig ist unbestritten eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren für alle Flüchtlinge und Asylbewerber nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Dafür ist unverzüglich eine erhebliche Aufstockung des Personals im BAMF erforderlich. Ebenso müssen Richter in ausreichender Zahl vorgehalten werden. Dabei kann ein Einsatz von Entscheidern und Richtern vor Ort sinnvoll sein. Darüber hinaus ist die sofortige vollständige Fertigstellung der zugesagten neuen Erstaufnahmeeinrichtungen dringend notwendig. Denn ausreichend vorhandene und effektiv ausgestattete Erstaufnahmeeinrichtungen sind Voraussetzung für zügige Verfahren.
6. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine dauerhafte maßgebliche Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Die Staatsregierung muss über ein Sonderbauprogramm Wohnraum für Flüchtlinge schaffen und für ausreichende Bildungsangebote und Sprachkurse sorgen.
7. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Absicht der Ministerpräsidentenkonferenz, weitere Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, um die Verfahren zu beschleunigen. Der von den konservativen Parteien erweckte Eindruck, dass damit die Flüchtlingsproblematik vollständig gelöst sei, ist allerdings unzutreffend. Denn jeder Antragssteller besitzt einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Einzelfallprüfung, unabhängig von seiner Herkunft.
8. Zu einer seriösen Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört unweigerlich eine Bekämpfung der Fluchtursachen. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, mit den Ländern des Balkans auf

wirtschaftlicher, bildungspolitischer und kultureller Ebene zu kooperieren. Dies soll dazu führen, die fragile Region politisch zu stabilisieren und wirtschaftlich zu entwickeln und damit einen spürbaren Beitrag zur Behebung von Migrationsursachen zu leisten.

9. Eine Entlastung des Asylsystems kann auch über die Schaffung weiterer legaler Zugangswege erfolgen. Die Weigerung der CSU, ein Einwanderungsgesetz zu unterstützen, belastet das Asylsystem, anstatt die Probleme zu lösen.
10. Wir bedanken uns bei allen, die mit höchstem Engagement täglich dazu beitragen, dass die Menschen, die zu uns kommen, nach den Grundsätzen der christlichen Wertegemeinschaft aufgenommen, versorgt und integriert werden.